

**Bezugspreis:**  
Wochenschrift 10.— M., monatlich 30.— M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Quartals 10.— M., einjährig 30.— M.,  
Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Österreich,  
Ungarn und Luxemburg 20.— M., für  
das übrige Ausland 27.— M. Post-  
bestellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentags zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Freitag, den 13. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

**Anzeigenpreis:**  
Die schmalen Nonparelletten  
lösen 5,50 M. „Kleine Anzeigen“  
das gesetzte Wort 1,50 M. (zu-  
ätzlich zwei gesetzte Worte), jedes  
weitere Wort 1.— M. Stellungs-  
und Schlafstellenanzeigen das erste  
Wort 1.— M., jedes weitere Wort  
60 Hg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten 50 Hg. — M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Teuerungszuschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 6 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 8, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gehalt  
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

## Deutscher Generalstreik in Oppeln.

Nach Unterredung mit Le Rond abgebrochen.

Oppeln, 12. Mai. Infolge der Haltung der Interalliierten Kommission ist die Erregung der Bevölkerung in Oppeln aufs höchste gestiegen. Heute mittag wurde der Generalstreik erklärt, der sofort mit aller Schärfe einsetzte, und der auch die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke umfaßt. Sämtliche Beamten haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Am Nachmittag fand vor dem Regierungsgebäude eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Im Anschluß daran begaben sich die Vertreter der deutschen politischen Parteien Oberschlesiens zum General Le Rond, um von diesem unzweideutige Auskunft über die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen zur Niederwerfung des Aufstandes zu erhalten.

Oppeln, 12. Mai. (WZB.) Während des Verlaufes der zweifundigsten Verhandlungen der Vertreter aller deutschen Parteien, einschließlic der Deutschnationalen und der Kommunisten, mit der Interalliierten Kommission hat General Le Rond nochmals versichert, daß keinerlei Verhandlungen mit den polnischen Insurgenten stattgefunden hätten. Es hätte sich höchstens um örtliche Besprechungen zum Schutze der deutschen Bevölkerung und des deutschen Eigentums handeln können. General Le Rond versicherte auch erneut, daß er Truppenverstärkungen angefordert habe. Auch ihm sei es am liebsten, wenn englische und italienische Truppen entsandt würden.

Obwohl die Erklärung General Le Ronds nicht in allen Punkten befriedigte, glaubten die Führer der deutschen Parteien doch, von einer Fortführung des Generalstreiks Abstand nehmen zu sollen. Demgemäß wurde die Arbeit um 7 Uhr abends wieder voll aufgenommen.

## Keine Bindungen in Oberschlesien!

Von den zurzeit aus Oberschlesien vorliegenden Meldungen verdienen die Nachrichten das größte Interesse, die zu den Mitteilungen über ein angeblich bindendes Abkommen zwischen der Interalliierten Kommission und den polnischen Insurgenten Stellung nehmen. Im Laufe des gestrigen Vormittags begab sich der deutsche Vertreter zu General Le Rond, um eine Erklärung darüber zu erhalten, ob in der Tat ein Waffenstillstand zwischen Korsanty und der Interalliierten Kommission zustande gekommen sei. Ueber das Ergebnis dieser Erklärung unterrichtet folgende Bekanntmachung des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, die WZB. verbreitet:

Der General Le Rond hat mir soeben auf meine Anfrage in Anwesenheit der anderen Mitglieder der Interalliierten Kommission auf das bestimmteste erklärt, daß der von Warschau verbreitete Junkspruch, es wäre zwischen der Interalliierten Kommission und den Insurgenten Abmachungen getroffen worden, von Anfang bis zu Ende, im ganzen und in seinen einzelnen Punkten, erlogen sei. Es seien weder über einen Waffenstillstand noch über eine Demarkationslinie, noch über einen Uebergang der Regierungsgewalt an die Insurgenten oder eine Amnestie usw. irgendwelche Verhandlungen gepflogen, geschweige denn Abmachungen getroffen worden.

Oppeln, 12. Mai 1921.

Der Vertreter des deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien,  
gez. Graf Praszma.

Mit dieser deutschen Ausrufung steht eine amtliche Bekanntmachung der Interalliierten Kommission in Uebereinstimmung, die folgenden Wortlaut hat:

„Gewisse Zeitungen berichten über das Zustandekommen des Waffenstillstands mit den Insurgenten, wonach eine Demarkationslinie festgelegt worden sei. Diese Nachricht entbehrt jeder Grundlage.“

In gewissem Widerspruch hierzu steht eine Meldung der „Times“ aus Oppeln, wonach bisher „kein Vertrag unterzeichnet worden sei, der die Autorität der polnischen Aufständischen anerkenne; es scheint jedoch, daß die französischen Vertreter in der Kommission ein mündliches Abkommen in diesem Sinne getroffen hätten. General Le Rond glaube anscheinend, daß die vollendete Tatsache der polnischen Befehung ohne weiteres von seinen Kollegen anerkannt werden müßte.“

Diese Meldung, deren Bestätigung eine erneute Verstärkung der Lage in Oberschlesien zur Folge haben müßte, kann jedoch durch die oben mitgeteilten amtlichen Ausrufungen als überholt betrachtet werden. Die „Times“ verweisen darauf, daß die Franzosen die Entdeckung verborgener deutscher Waffenlager hervorhoben und Deutsche verhafteten, die im Besitz von Waffen betroffen worden, um so den Belagerungszustand durchzuführen, obwohl sie die bewaffneten polnischen Patrouillen, die an jeder Straßenkreuzung stehen, übersehen. Die „Times“ erwähnen, die Interalliierte Kommission habe auf gehört, als

neutrale Organisation zu bestehen. Die britischen und italienischen Offiziere sähen sich bei Durchführung ihrer Pflichten gezwungen, eine Abstimmungs-polizei gegen die polnischen Aufständischen, die offen von den Franzosen unterstützt würden, zu organisieren. Die französischen Offiziere erklärten in solchen Fällen, daß sie den Befehl erhalten hätten, sich mit den Truppen der polnischen Aufständischen nicht einzulassen.

### Seltamer Widerspruch.

Trotzdem General Le Rond heute dem Grafen Praszma erklärt hat, daß die Warschauer Angaben über den Abschluß eines Waffenstillstandes nicht den Tatsachen entsprechen, ist heute wiederum ein von einer amtlichen polnischen Junkstation aufgegebenes Junkspruch aufgefunden worden des Inhalts, daß ein Abkommen zwischen der Interalliierten Kommission und den Polen getroffen wäre, wonach die interalliierten Truppen stillschweigend abrücken und durch haller-Truppen ersetzt werden sollen. Von dem Führer der Aufständischen der „Gruppe Ost“ ist über das Auftragsgebiet der Belagerungszustand verhängt worden. Nach dieser Verordnung des Insurgentenführers wird neben Mord, Raub, Sabotage und Diebstahl auch die Versündigung mit dem Feinde mit dem Tode bestraft. Sämtliche Waffen sind binnen 12 Stunden bei dem nächsten Stabskommando abzugeben. Sämtliche Zeitungen stehen unter Zensur. Der Fernsprech- und Telegrafenverkehr unterliegt der Kontrolle der von den Aufständischen eingesetzten Behörden.

Die Insurgenten unternahmen heute einen Vorstoß aus der Gegend von Rosenberg. Es gelang ihnen, den Bahnhof Rudoba zu besetzen. In der Stadt Rosenberg wurden etwa 80 Geiseln von den Polen festgesetzt. Mehrere Güter wurden geplündert, darunter die staatliche Domäne Paulsdorf. Zahlreiche Ortsvorsteher der Landgemeinden sind verhaftet worden. Im Landkreise Beuthen werden Listen der deutschgesinnten Oberschlesier aufgestellt, die sofort das Gebiet zu verlassen haben.

### Endentscheidung beim Obersten Rat.

London, 12. Mai. (WZB.) Mit Rücksicht auf die Meldungen französischer Blätter, daß die Interalliierte Kommission die Industriebezirke von Oberschlesien Polen zugeteilt habe, stellt Reuters fest, daß sich die Aufgabe der Kommission lediglich darauf beschränkt, dem Obersten Rat einen Bericht und Vorschläge zu unterbreiten; die Endentscheidung liegt beim Obersten Rat. Zeit und Ort der nächsten Zusammentkunft des Obersten Rates sind noch nicht festgesetzt. Die Tatsache, daß Deutschland das Ultimatum der Alliierten angenommen hat, läßt die Notwendigkeit einer sofortigen Konferenz der alliierten Premierminister entfallen. Auch eine Besprechung der Reparationsfrage erscheint unangebracht, bevor es sich erweist, wie Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt.

### Ein Mord.

Kattowitz, 12. Mai. (WZB.) Der 20jährige Arbeiter Schmatloch in Jelenze hatte in einem Gespräch am 11. Mai mit einem Arbeitsgenossen die Bemerkung gemacht: „Jetzt triumphieren die Polen, später werden wir triumphieren.“ Diese Bemerkung wurde den Insurgenten überbracht, die Schmatloch auf dem Wege in sein Dorf umstellten, gefangennahmen und in das Postgebäude schleppten. Dort wurde Schmatloch so gepeinigt, daß Postanten, die sich vor dem Gebäude angesammelt hatten, seine Schmerzen zu vernehmen konnten. Auf Kommando mußten sich die Angekommenen umdrehen, als Schmatloch, in eine Decke gehüllt, auf einen bereitstehenden Wagen gebracht wurde. Auf dem Wege in das Spital verstarb der Unglückliche.

Beuthen, 12. Mai. (WZB.) In den heutigen Vormittagsstunden ist der Straßenbahnverkehr auf allen vier einmündenden Linien wieder aufgenommen worden. Während weibliche Personen ohne Ausweis dürfen, wird jeder männliche Fahrgast, der keinen polnischen Ausweis vorzeigen kann, von der Weiterfahrt ausgeschlossen. Die Eisenbahnzüge werden nach wie vor von den Aufständischen kontrolliert.

### Scharfe Kritik der schwedischen Sozialisten.

Stockholm, 11. Mai. (WZB.) Ueber Oberschlesien schreibt „Sozialdemokraten“:

Trotz des deutschen Abstimmungsieges will Frankreich die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens nicht anerkennen und deutsche Städte mit polnischem Hinterland Polen zuteilen unter der Begründung, daß in den Grenzgebieten immer fremde Volksteile vorhanden seien. Die polnische Regierung hat das Vorgehen des zweifellos von patriotischen Motiven geleiteten Korsanty trotz aller Demenlis leider nicht geahmt. Es steht fest, daß Korsanty ohne polnische Bewilligung eine so gewalttätige Propaganda und so grimmige Schläge nicht hätte führen können. Die Folge ist, daß Oberschlesien der Tummelplatz polnischer Freikorps und sogar polnischer regulärer Truppen wurde. Am bedauerlichsten ist aber nicht die Unterstützung des Aufstandes durch Polen, sondern die Billigung der französischen Presse, besonders des offiziellen „Temps“, der so den polnischen Nationalisten Wasser auf die Mühle leitet. Denkt man an den Wilnaputisch Zeligowitsch, so ist Polens Debut in der großen Politik keineswegs glücklich.

## Die Grenze.

Von Ludo W. Hartmann.

Fast jeder Krieg hat entweder eine Verschiebung der staatlichen Grenzen zum Ziele und wenn dies Anfangs nicht hervortritt, so sucht doch der siegende Staat die Niederlage des Gegners zu einer Grenzverschiebung auszunützen. So war es in alten Zeiten und so ist es noch im Weltkrieg geblieben. Die Auffassung, daß es einem Staate um so besser geht, je mehr Quadratkilometer er besitzt, scheint bei den Menschen unantastbar geworden zu sein, solange sie noch im Banne des alten Staates sind, der sich auf dem Wege der primitiven Akkumulation Reichtum verschaffte, indem er die Bewohner des neu erworbenen Landes auf irgendeine Weise verflachte und über ihr Privateigentum, insbesondere ihren Grundbesitz, zu seinen Gunsten verfügte. Das Bestreben des modernen imperialistischen Staates, der der Fortsetzer des alten dynastisch-merkantilistischen ist, ist im Grunde das gleiche, wenn auch die wirtschaftlichen Vorgänge im Zeitalter des Kapitalismus sich in komplizierterer Weise abwickeln als im alten Rom oder in den Reichen der Völkerwanderung. Für den überkommenen Staat gibt es sonach keine feststehende natürliche Grenze: die Grenze ist da, bis wohin der einzelne Staat mächtig genug ist, seine Souveränität auszudehnen. Der merkantilistische Staat etwa des 17. Jahrhunderts setzte sich das Ziel, sich wirtschaftlich selbst zu genügen, d. h. die Antarkie zu erlangen, vom Importe aus fremden Staaten unabhängig zu sein; er trachtete, möglichst viele Rohstoffe und Manufakturen selbst zu besitzen, damit möglichst viel innerhalb seiner Grenzen produziert und die Einnahmen des Staates und damit des Fürsten möglichst gesteigert würden, und da es niemals möglich war, alles selbst zu produzieren, kamte sein Ausdehnungsbestreben praktisch keine Grenzen.

Nach Rousseau, der doch die Souveränität des Volkes proklamiert hat, ist sich offenbar — ebenso wie Montesquieu — nicht klar darüber, wie die Volksindividualitäten sich gegeneinander abgrenzen, wenn er im Contrat social, ganz in merkantilistischer Art, meint, dasjenige Volk ist geeignet, sich Gesetze zu geben, „das der anderen Völker nicht bedarf, das weder reich noch arm ist und das sich selbst genügen kann“. An einer anderen Stelle, wo er vom ewigen Frieden handelt, trachtet er das Prinzip der Abgrenzung aus der Natur selbst zu schöpfen und meint, die Berge, die Flüsse und Meere hätten selbst über die Zahl und Größe der „Nationen“ entschieden — und diese „natürlichen“ Grenzen im Sinne der Geographie spielen dann in der Politik eine große Rolle. Für ihn, wie später für die Männer des Konvents, sind Frankreichs natürliche Grenzen durch die Alpen, den Rhein, die Meere und die Pyrenäen vorgezeichnet, durch das Geschick für die Ewigkeit festgelegt.

Deshalb werden alle darüber hinausgehenden Eroberungsabsichten abgelehnt, ja sogar ausdrücklich in der Konstitution von 1791 ausgeschlossen. Die Zerstückelung der Staaten, wie in Polen, ohne Willen der Völker wird von den Männern der Revolution verdammt, ebenso wie „Arrondierungen“ des Bestandes. Dagegen wird der freie Anschluß eines Volkes oder eines Volksteiles an einen anderen anerkannt. Diese Anschauung kann nun allerdings mit dem Prinzip der geographischen Grenzen in Widerspruch geraten — ganz abgesehen davon, daß diese selbst keineswegs eindeutig bestimmt werden können. Die Deutschen behaupteten, daß die Klauen an der Südseite der Alpen die natürlichen Grenzen seien, die Italiener sehen sie auf dem Kamm der Alpen; die Deutschen auf den Vogesen, die Franzosen am Rhein. Die geographische Grenze wird überhaupt, namentlich im Zeitalter des Verkehrs, etwas mythisch und reduziert sich mitunter auf die sogenannte strategische Grenze, die, von jeder der beiden Seiten behandelt, anders aussieht.

Dies hat offenbar schon Fichte eingesehen, als er seine Reden an die deutsche Nation zu einer Zeit hielt, als der despotische Imperialismus wieder einmal mit Wühachtung aller Grenzen und jedes Selbstbestimmungsrechts in Europa triumphierte. Er sagte in der 13. Rede: „Die ersten, ursprünglichen und wahrhaft natürlichen Grenzen der Staaten sind ohne Zweifel ihre inneren Grenzen. Was dieselbe Sprache redet, das ist schon vor aller menschlicher Kunst vorher durch die bloße Natur mit einer Menge von unsichtbaren Banden aneinander geknüpft; es versteht sich miteinander und ist fähig, sich immerfort klarer zu verständigen; es gehört zusammen und ist Eins und ein unzertrennliches Ganzes. Ein solches kann kein Volk anderer Abkunft und Sprache in sich aufnehmen und mit sich vermischen wollen, ohne wenigstens fürs erste sich zu verwirren und den gleichmäßigen Fortgang seiner Bildung mächtig zu stören. Aus dieser inneren, durch die geistige Natur des Menschen selbst gezogenen Grenze ergibt sich erst die äußere Begrenzung der Wohnsitze, als die Folge von jener, und in der natürlichen Ansicht der Dinge sind keineswegs die Menschen, welche innerhalb gewisser Berge und Flüsse wohnen, ein Volk, sondern umgekehrt wohnen die Menschen beisammen, und wenn ihr Blick es so gefügt hat, durch Flüsse und Berge gedeckt, weil sie schon früher durch ein weit höheres Naturgesetz ein Volk waren.“



Damit ist die theoretische Lösung des Problems ausgesprochen, das im Laufe des 19. Jahrhunderts praktisch zur Entwicklung des Nationalstaates geführt hat. Der Fortschritt liegt darin, daß sie vom Menschen und von seiner Zusammengehörigkeit ausgeht, die nicht so leicht in einen Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen geraten kann. Sie gibt zugleich einen objektiven Maßstab für die Staatsabgrenzung und legt eben durch die Postulierung des Nationalstaates, der nicht aniaar und nicht erobert sein darf, den internationalen Zusammenhang voraus, da jeder nationale Staat wirtschaftlich auf die anderen angewiesen ist, die Weltwirtschaft, die auf die Dauer von keinem noch so starken Imperialismus zerrissen werden kann.

## Demokraten und Volkspartei.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat, worauf wir schon hinwiesen, zum größeren Teil gegen die Annahme des Ultimatums gestimmt. Dagegen hat der demokratische Parteivorstand, wie die „Vossische Zeitung“ hört, dem Ultimatum mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt, die demokratische preussische Landtagsfraktion sogar einstimmig. Weiter meldet das genannte Organ:

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion erklärt jetzt, daß trotz ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Ultimatum alles getan werden müsse, um dem Kabinett die Durchführung seiner Aufgabe zu ermöglichen. Parteivorstand und Fraktion beabsichtigen die Veröffentlichung einer Erklärung, die auf die Notwendigkeit hinweist, die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen durch die Heranziehung aller Kräfte, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet zu sichern. Die Erweiterung der Koalition und der Regierung durch positive Mitarbeit der Deutschen Volkspartei solle den Gegnern die Garantie bieten, daß die weitesten Kreise des deutschen Volkes den guten Willen der Erfüllung haben.

Das Liebeswerben um die Deutsche Volkspartei wird also verstärkt, und das Sträuben der umworbenen Schönen läßt sich nicht nach. Hatte am Mittwochabend die „Tägliche Rundschau“ noch stolz geschrieben, die Deutsche Volkspartei würde nicht durch dieieselbe Tür ein paar Tage später hineinspazieren, durch die sie eben hinausgegangen sei, so führt ein Artikel Stresemanns in der Donnerstag-Morgenausgabe desselben Blattes schon eine ganz andere Sprache: Das Kabinett Bircht könne die Schwierigkeiten, die aus der Annahme des Ultimatums erwachsen, allein nicht lösen. Es werde daher doch zu der „nationalen Einheitsfront“ kommen. — Danach ist Herr Stresemann durchaus bereit, wieder durch die Tür hineinzuspazieren, wenn sie ihm nur geöffnet wird. Herr Stresemann scheint es für ganz selbstverständlich zu halten, daß man ihn mit offenen Armen empfängt, nachdem er innerlich für die Annahme des Ultimatums gewesen ist und tatsächlich dagegen gestimmt hat in der bequemen Ueberzeugung, daß die Zahl der Annahmer ohne ihn ja auch ausreichen würde. Wir glauben nicht, daß eine Regierung an Festigkeit gewinnen kann durch die Einbeziehung von Leuten, die sich in unbequemen Momenten seitlich in die Büsche schlagen.

## Sie sind nicht marschierl!

Als der U-Boot-Krieg erklärt war und alle Ahnungslosen in Deutschland darüber jubelten, hielt der damalige preussische Finanzminister Hergt im Landtag seine berühmte Triumphrede, die er mit der Prophezeiung schloß: „Die amerikanischen Heere können nicht fliegen, sie können nicht schwimmen, sie werden nicht kommen.“

Aber die Amerikaner kamen doch. Die letzte Karte hatte nicht geflohen. Deutschland war, nach Helfferichs Wort, „verloren, für Jahrhunderte verloren“.

## Mai im Altmännerhaus.

Von Wilhelm Scharrelmann.

Was soll man tun bei der Not der Zeit? Man frimt mit umwäلتer Stirn und blüht mit Behmut in den Frühling, der Feuer mit einem Glanz ins Land gleit, als wolle er alles wieder gut machen, was die Zeit verfaß. ... Was sollen wir tun, was sollen wir machen, was die Zeit verfaß. ... Was sollen wir tun, was sollen wir machen, was die Zeit verfaß. ...

Das Leben der Stillsitzenden und Alterspensionäre war früher schon so etwas wie ein Rätsel, heute ist es ein Rätsel.

Krüll hat sich aufs Angeln gelegt. Dazu langen die Kräfte immer noch.

Es ist gerade jetzt eine wunderbare Zeit dafür. Am Strande des Flusses ist es mittags schon warm wie im Sommer, und die Fische beißen, als hätten sie nur darauf gewartet, in Krülls Brautpanne zu wandern.

Klaus Sped ist mager geworden. Man kennt ihn kaum wieder. Ist das 'n Wunder? sagt er. Wenn man unsereinen vier Jahre lang blodiert und tut, als ob die Pökalge\*) ganz Europa in Brand legen wollt?

Man kann allerhand im Leben bisweilen zugleich lächeln und weinen, in der Pökalge jeden Tag. Man braucht nur einmal Krüll zu beobachten, wenn er vom Fischen nach Hause kommt. Es ist zehn gegen eins zu werten, daß er ein Gesicht macht, als hätte er keinen Schwanz gefangen. Es sind nämlich zu viele, die sich sonst bei ihm einladen, und er kann nicht allen geben, so gern er schon möchte.

Aber mit Sped macht er eine Ausnahme. Wegen der langjährigen Freundschaft. Dafür hört Sped auch geduldig die unmöglichsten Geschichten an, die er von seiner Angelei erzählt.

„Ach sag dir, Sped, ich hab 'n Biß gehabt, 'n Biß, na frag mich lieber gar nicht. Aber du weißt ja, wenn 'n Malheur sein soll, nich? Allerlei wie beim Kartenspiel ist das. Du hast 'n Daus und deckst, du mußt den Stich kriegen, denn hat der andere 'n Trumpf. Und hier hatt' der Fisch 'n Trumpf und läßt im letzten Augenblick wieder los, und ich steh und denk, ich krieg 'n Schlag!“

Klaus Sped laut und nickt. Er hat Verständnis für so etwas. Alles Mögliche hat er schon versucht, seine Einnahmen ein wenig aufzubessern.

Einmal wollte er unten am Flußufer Korkholz suchen, wo die Händler doch damals ganz wild drauf waren und mächtig viel Geld bezahlten. In früheren Jahren trieb da jeden Tag was an. Jetzt war auch nicht mal 'n halber Pfropfen zu finden. ... Es ging wahrhaftig nirgends so verdrückt zu wie in der Welt. ...

Dann hat er Papier sammeln wollen auf den Straßen. Aber dazu war sein Rücken nun doch schon zu steif.

Aber nun hat ihn der Frühling auf eine neue Idee gebracht.

\*) Die altertümliche Straße, in der die kleinen Leute wohnen, von denen Scharrelmann so gern erzählt.

Am Mittwoch hat Herr Hergt, jetzt laut „Deutsche Zeitung“, „Vortrührer des deutschen Volkes“, abermals prophezeit: Es hätte gar keinen Zweck, das Ultimatum anzunehmen, die Franzosen kämen ja doch!

Aber die Franzosen kamen nicht. Herr Hergt hat sich als absolut sicherer Prophet erwiesen. Man muß nur immer das Gegenteil von dem annehmen, was er prophezeit, dann weiß man genau wie es kommt.

Wie sähe es heute und in der nächsten Zeit in Deutschland aus, wenn wir dem Rat Hergts gefolgt wären? Die Welt wäre im Nu bis nahe an Null gestürzt. Millionen Arbeitslose hätten die Straßen bevölkert und wir wären mit rasender Schnelligkeit in Zustände geraten, denen gegenüber der berühmte Bratenwinder von 1917 eine Erholungszeit war.

Die Schlinge um den Hals, die sich allmählich fester zieht, sind wir nicht los geworden. Herr Hergt hatte zum zweitenmal an einer geschichtlichen Wende falsch prophezeit. Das ermutigt uns zu der Hoffnung, daß er sich auch noch ein drittes Mal als schlechter Prophet erwiesen und daß sich die Folgen der Annahme des Ultimatums doch etwas weniger schwarz zeigen werden, als er sie ausgemalt hat.

## Eine deutsche Protestnote.

Wegen der Requirierung deutscher Automobile und der Inanspruchnahme ihrer Führer für den beabsichtigten Vormarsch in das Ruhrgebiet ist den Regierungen in Paris, London und Brüssel von den dortigen deutschen Vertretern am 10. d. M. eine Protestnote übergeben worden.

Die Note verweist zunächst auf die eingehende Bestandsaufnahme des deutschen Materials im besetzten Gebiet, zu der die deutschen Bürgermeister weitgehend mitwirken mußten. Auf einen Protest der deutschen Regierung gegen diese Vorbereitungen für eine Mobilisierung bestritt die Rheinlandkommission, daß die deutschen Beamten zur Unterstützung von militärischen Vorbereitungen gegen ihr eigenes Land gezwungen worden seien. Die Vorkommnisse in der letzten Zeit beweisen jedoch die Richtigkeit der Auffassung der deutschen Regierung.

Die Note verweist auf die Verträge und Völkerrechtswidrigkeit der Requisitionsmassnahmen, die in schärfstem Widerspruch zu dem Artikel 52 der Haager Landkriegsgerichtsordnung steht, wonach die Heranziehung einer Bevölkerung zu Unternehmungen gegen ihr eigenes Land strengstens verboten wird.

Am Schluß der Note wird nochmals von der deutschen Regierung scharfster Protest gegen das Vorgehen der Besatzungsbehörden erhoben und verlangt, daß die verantwortlichen Stellen angewiesen werden, ihre rechtswidrigen Maßnahmen rückgängig zu machen.

## „Heilige Pflichten der Entente“.

Wirkung der Annahme des Ultimatums.

London, 12. Mai. (W.B.) „Daily Telegraph“ schreibt: Wenn Deutschland seine Bedingungen pünktlich und treu erfüllt, werde das zum Wiederaufleben der friedlichen Tätigkeit führen. Wenn Deutschland ehrlieh seine Verpflichtungen halte, dann werde vielleicht eine neue Zeit des Fortschrittes und Wiederaufbaus für Europa anbrechen. Es bestehe kein Grund zu bezweifeln, daß Bircht und seine Kollegen aufrichtig sprechen und willens sind, aufrichtig zu handeln.

„Times“ sagen, Deutschlands Entschluß werde überall mit Befriedigung angenommen. Bircht habe Klugheit und Mut gehabt, darauf zu bestehen, daß die Annahme der Bedingungen aufrichtig sein müssen. Es sei zu hoffen, daß nicht einmal nötig sein werde, zu einer Drohung wie der letzten Zusucht zu nehmen, um volle Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland jetzt wiederholt anerkannt habe, zu sichern. Die Zwangsmassnahmen würden aber ohne Zweifel durchgeföhrt, wenn Deutschland sein Wort breche oder zu Zweideutigkeiten und Verzögerungen greife. „Times“ erklären, Bircht habe mit Recht darauf be-

standen, daß die Zukunft Oberschlesiens durch den Friedensvertrag entschieden werden müsse und daß die Alliierten unter keinen Umständen zulassen dürften, daß Polen irgendwelche Rechte, die Deutschland trotz des Friedensvertrages in Oberschlesien besitzen müsse, mit den Füßen tritt. Das Wort ist mit Lord George und Bircht der Ansicht, daß die hierauf bezüglichen Pflichten der Alliierten heilige Pflichten seien und getreu und unparteiisch erfüllt werden müssen.

## Aufhebung der Sanktionen?

Paris, 12. Mai. (W.B.) Nach einer vom „Lemps“ veröffentlichten Nachricht aus London soll der Vertreter Englands in der Rheinlandkommission in London angekommen sein, um die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein sowie die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu besprechen. Auch sollte dahin gewirkt werden, daß die deutsche Regierung den alliierten Geschäftleuten, die sich in den besetzten Städten niedergelassen haben, die von der Interalliierten Kommission bewilligten Visen garantiere. Die deutsche Regierung werde aufgefordert werden, durch Uebergangsmassnahmen die Gültigkeit von Verträgen und die Ausfuhrerlaubnisse sicherzustellen.

## Gemäßigte französische Stimmen.

Paris, 12. Mai. (W.B.) Das „Journal des Debats“ wendet sich in einem bemerkenswerten Artikel gegen einen gewissen Teil der französischen Presse, die schon im Voraus verkündet, man werde getäuscht, Deutschland zahle nicht und seine Versprechungen seien Papierfetzen. Das Blatt fragt, ob ein derartiges Mittel geeignet sei, den französischen Kredit wieder zu heben und Käufer zu finden für die Obligationen, die man flüssig zu machen suche. Daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen zu entziehen suche, sei eine Voraussetzung, die man füglich ins Auge fassen müsse, aber man dürfe sich deshalb nicht zu negativem Handeln verleiten lassen. Spiele man nicht das Spiel Deutschlands, wenn man die Bedingungen, die man selbst im Ultimatum diktiert habe, für null und nichtig betrachte? Und es handele sich hier nicht nur um eine Opportunitätsfrage. In den maßlosen Kritiken, mit denen die öffentliche Meinung getäuscht werde, bestehe auch einer übrigens wohlbeabsichtigten Ungeschicklichkeit ein gut Teil Irrtum. Deutschland habe die Mittel, zu zahlen, und die Alliierten hätten die Mittel, es zum Zahlen zu bringen. Es sei also ein Irrtum, im Prinzip die Behauptung aufzustellen, daß es nicht zahlen werde. Das Vertrauen werde nach und nach wiedertehren, wenn die Franzosen nicht zuerst Mißtrauen predigten. Ein Gläubiger, der Vorbehalt nötig habe auf das, was man ihm schulde, habe nicht die Gewohnheit, mit Beharrlichkeit die Zahlungsfähigkeit seines Schuldners herabzumindern. In diesem Falle befinde sich Frankreich Deutschland gegenüber.

## Die Resolution Knox.

Paris, 12. Mai. (W.B.) Nach einem Kabeltelegramm der „Chicago Tribune“ aus Washington erwartet man, daß die Resolution Knox jetzt, nachdem die Reparationsfrage als gelöst angesehen werde, binnen kurzem im Repräsentantenhause werde eingebracht werden. In Regierungskreisen verhehle man nicht ein Gefühl der Erleichterung angesichts der Annahme des Ultimatums durch Deutschland.

## Die Exekution.

Paris, 12. Mai. (W.B.) Das „Echo de Paris“ meldet, daß General Rollet bereits Instruktionen erhalte, um von Deutschland innerhalb einer kurzen Frist die Herabholung der Zahl der Offiziere der Reichswehr und der Angestellten der Zentralverwaltung zu verlangen. Bezüglich des Kriegsmaterials wird von Deutschland die Auslieferung von 666 Kanonen der Festungen im Osten verlangt werden. Königsberg darf nur 22 Kanonen behalten. Bezüglich der Auflösung der Selbstschützorganisationen müssen die Vorschriften buchstäblich erfüllt werden. Kontrollstationen werden in ganz Deutschland eingerichtet werden.

Graf Sporza tritt nicht zurück! Die Meldung des Mailänder „Secolo“, daß Graf Sporza demissionieren werde, wird in Paris offiziell dementiert.

Krüll, sagt er, ich werd' 'n reicher Mann. Was wolln wir meinten? Weißt du, wie ich heute so im Hof unter dem Rasenbaum sitz, nicht, und die Immen fliegen mir so um die Ohren — im Herbst essen wir Honig, wir beiden.

Krüll macht ein Gesicht wie ein Schaf. Wird er denn rein findlich jetzt, der Alte?

Reinst du nicht, daß man sich so 'n Stücker zwanzig davon fangen könnt? Die seh ich mir denn in ein'n Dienentorb und —

Du bist fälsch 'n alte Hummel, unterbricht Krüll ihn, aber es dauert eine Weile, bis er Sped überzeugt hat, daß es mal wieder nichts ist mit seiner neuen Idee.

Am nächsten Tag sieht Klaus Sped wieder unter dem Kirschbaum und die Sonne scheint so warm, als wolle sie seine alten Glieder wieder jung machen, wie sie den alten Kirschbaum wieder jung gemacht hat.

Rein, es ist zu schmerzlich für Krüll, und es ist am besten, wenn er nicht mehr allzuviel darüber nachdenkt.

Daß doch zu jedem Geschäft Geld gehört und am Ende auch ein bißchen Verdand — und von beiden besitzt Sped nicht allzuviel.

Aber ihren Segen hat die Stunde doch für Sped. Es ist nämlich Besuch im Hause. Ein Kaiser ist da und guckt sich die alten Räume an für ein Bild, den Treppenaufgang besonders und die alte Barocktür, die zum Garten führt, und wie der Klaus Sped unter dem blühenden Kirschbaum in dem steingepflasterten Hofe sitzen sieht — Sped mit seiner Trödelmütze und dem saligen alten Gesicht mit den weißen Bartstopfen unter dem blühenden Baume — beginnt er ihn zu molen, und Sped ist frohdell und bekommt für jede Stunde seine Vergütung und braucht bloß stillzustehen und sich zu sonnen. ...

Schade, daß die Herrlichkeit nur ein paar Wochen dauert, denn das schönste Bild wird einmal fertig. Aber dafür ist es Mal, wenn auch der nur ein paar Wochen dauert und vergänglich ist, wie alles Schöne vergänglich ist auf dieser selig unseligen Erde.

Gemälde-Studienausstellung im Schloßmuseum. Die Gemäldegalerie des Kaiser-Friedrich-Museums ist in einer Reihe von Sälen der italienischen Abteilung neu geordnet worden. Viele Gemälde wurden ausgehängt, um für die Werke der ersten Qualität Platz zu schaffen. Es ist jetzt, außer bei kleinen Stücken, eine einreihige Aufstellung in lockerer Form durchgeführt worden. Der ganze Besitz an Meisterwerken wurde hier neu gruppiert, und Bodenarbeiten erschein in der besseren Anordnung in neuem Lichte. Neu eingefügt wurde ein Kabinett mit den venezianischen Bildern des Rokoko: hier wurden Tiepolo, dann die Canaletto, Guardi, Longhi zu einem reizvollen und harmonischen Ganzen vereinigt. Die Gemäldegalerie nimmt nun in diesem Teile den Charakter einer Schauausstellung von Werken hohen Ranges an. Der hier ausgehängte Besitz soll als Studienausstellung mit anderen zurückgestellten Werken im alten Berliner Schloß angeordnet werden. Für diese Lehrsammlung sind im zweiten Stock Räume in Aussicht genommen.

Die Trennung von Schön- und Studienausstellungen, die nun an dem Gemäldebefehl ebenso wie an den kunstgewerblichen Sammlungen des Schloßmuseums durchgeführt wird, erfüllt eine alte Forderung hier zuerst an einem großen praktischen Beispiel. Der bisherige Ge-

folg im Kaiser-Friedrich-Museum hat ein so erfreuliches Ergebnis, daß er zur Nachahmung Veranlassung sein kann. So umfangreiche Kunstsammlungen wie die Berliner können ja ihren volkstümlichen Zweck nur erfüllen, wenn sie sich auf die Darbietung des Besten auf der einen Seite und in historisch orientierte Museen für Studienzwecke auf der anderen Seite gliedern.

Die geprochene Zeitschrift. In einem „Russischen Brief“, den Arthur Luther im 2. Heft des „Literarischen Echo“ veröffentlicht, spricht Luther von der Papiernot in Rußland, die es den russischen Schriftstellern nahezu unmöglich macht, Bücher und Zeitschriften zu veröffentlichen, und erzählt dabei von dem eigenartigen „Ersch“, auf den man verfallen ist, die Gedanken einigermaßen unter das Volk zu bringen.

„Der Dichter in Rußland muß heute darauf verzichten auf große Massen zu wirken — auch das ein seltsamer Widerspruch zu dem proklamierten Ideal des „Volkstaats“. Einen eigentümlichen, durch Papiernot hervorgerufenen „Ersch“ haben sich die Moskauer und Petersburger Schriftsteller durch sogenannte „gesprochene Zeitschriften“ geschaffen: an bestimmten Tagen versammeln sich die Anhängigen in einem großen Konzertsaal und lassen sich von den Autoren alles das vorlesen, was zu normalen Zeiten in einer Zeitschriftennummer gestanden hätte. Aber es ist mit diesem Ersch wie mit allen Erschfen — er befriedigt weder die Autoren, denen ein Zuhörerkreis von ein paar hundert natürlich nicht die Tausende von Lesern ersetzen kann, noch die Zuhörer, die gezwungen sind, die „Rummer“ zufügen in einem Sitz zu genießen, ohne später nachblättern zu können. Doch größere Fortschrittswerte in derartigen „Zeitschriften“ nicht gebracht werden können, ist selbstverständlich. Für umfangreiche Romane reicht wieder das Papier nicht und daher kommt es, daß die jüngste russische Dichtung sich fast ausschließlich auf Lyrik und die kurze Stütze beschränkt. Aber auch die Dichter, die den Bolschewismus (wenig vielleicht auch nicht bedingungslos) bejahen, ziehen es heut vor, ihre Werke nicht nur in Moskau, sondern auch in Berlin drucken zu lassen.“

Bibliothekensuchung in Berlin. Die Zahl der Besucher der Berliner öffentlichen Bibliotheken ist gegen die Jahre vor dem Kriege gesunken. So hatte die Staatsbibliothek 1911/12 10 891 Leser im Monat aufzuweisen, im Jahre 1919/20 dagegen 11 899. In der Stadtbibliothek sind jetzt im Durchschnitt monatlich mindestens 19 000 Leser zu zählen gegen ungefähr 15 000 vor dem Kriege. Den Besuchen nach ordnen sich die Besucher und Entleiher der Staatsbibliothek im Durchschnitt eines Monats folgendermaßen: 228 Hochschullehrer, 328 Studierende, 129 Geistliche, 741 Juristen und höhere Verwaltungsbeamte, 497 Ärzte, 217 Beamte wissenschaftlicher Institute, 771 Lehrer höherer Schulen, 432 Schriftsteller und Künstler, 724 Techniker, Kaufleute, 212 Militärs, 228 Behörden, Institute. — Von den in der Staatsbibliothek täglich entliehenen 1200 Werken ist ungefähr die Hälfte sozialwissenschaftliche Literatur. An zweiter Stelle steht die Philosophie und an dritter die völkische Literatur.

Im Wausheimer Schloß wird ein Vaterländisches Museum aus den Sammlungen des dortigen Altertumsvereins eingerichtet werden. Das schöne alte kurpfälzische Schloß, dessen Erhaltung gefährdet war, ist damit erpulsweise für vaterländische Verwendung gesichert.

Die Johann-Bokenroth-Stiftung in Köln hat Wengelen im Betrage von 7500 M. an Ernst von Bologn, Friede Strag, Max Wundel, Erich Schlegel bewilligt.



# Kraakeel gegen den Oberbürgermeister.

## Die Polizeischießereien auf Fliehende. — Eine Verteidigung der Prügelpädagogik.

Daß bei der Oberbürgermeisterwahl die Unabhängigen mit ihrem Kandidaten unterlegen sind, können sie immer noch nicht verwinden. Ihren Haß gegen Oberbürgermeister Böß bekundeten sie und die Kommunisten in der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung aus Anlaß einer Magistratsvorlage, die mitteilte, daß nur der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Gesamtheit, nicht aber einzelnen Stadtverordneten das Recht der Einsichtnahme von Magistratsakten zugestanden werden kann. Gegenüber dem Versuch, diese Auffassung als einen Ausfluß selbstherrlicher Gefinnung des Oberbürgermeisters hinzustellen, erklärte Stadtsyndikus Lange, daß die Magistratsvorlage einem einstimmigen Beschluß des Magistrats entspricht. — Zu einer Debatte über die Prügel als „Erziehungsmittel“ kam es bei einer Vorlage über die Hausordnung der Erziehungsheime „Lindenhof“ und „Struveshof“. Hier traten die Redner der rechtsstehenden Fraktionen als Verteidiger der Prügelpädagogik auf, wobei am brutalsten sich der Deutschnationaler Dr. Steiniger äußerte. Der neue Direktor von „Lindenhof“, Genosse Blum, erwiderte, daß Liebe und Vertrauen gerade in der Fürsorgeerziehung die besten Erziehungsmittel sind. Der Verzicht auf die Prügelstrafe wurde von den linksstehenden Fraktionen gebilligt. — Ein Antrag der Kommunisten wandte sich gegen Ausschreitungen der Polizei gegenüber Verhafteten, besonders gegen Schießereien auf Fliehende. Das Ergebnis der Debatte war, daß ein Antrag der Unabhängigen, der den Waffengebrauch der Polizei verwarf und die Verstärkung der Polizei forderte, von den drei linksstehenden Fraktionen angenommen wurde.

### Sitzungsbericht.

Die Versammlung fährt heute in der Erledigung der 61 Punkte fort, die auf die gemeinsame Tagesordnung für Dienstag und heute gesetzt waren. Auf Grund eines Antrages der Kommunisten aus dem Februar dieses Jahres wird beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich eine Revision des Gemeindefinanzgesetzes von 1908 betr. Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die nichtpensionsberechtigten im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen (zum Zweck der Ausdehnung auf die neuen Gemeindefinanzteile) vorzunehmen und der Versammlung eine Vorlage zu machen. Die für den Turnverein „Fichte“ aus Anlaß der Teilnahme mehrerer seiner Mitglieder an dem Ausbildungskursus für Turnwart in der Landesturnanstalt Spandau nachgelegte Beihilfe von 3000 M. wird bewilligt und der Magistrat ersucht, ähnliche Bewilligungen in Zukunft planmäßig vorzunehmen. Dem Antrage der D. Bp., für die Darlehnskasse für Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt Berlin sofort weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, wird insoweit entsprochen, als der Kasse noch eine Rate von 500 000 M. bewilligt wird, aber mit der Maßgabe, daß der Zinsfuß herauf, die Höchstgrenze herabgesetzt und ein Darlehen nur in den allerdringlichsten Fällen gewährt wird. Am 8. Februar 1920 hat die Versammlung beschlossen: „Die Mitglieder der Versammlung sind jeder Zeit berechtigt, die

### Einsicht in die Magistratsakten

zu nehmen.“ Am 9. April 1921 hat der Magistrat geantwortet, daß die Versammlung mit dieser allgemeinen Fassung des Beschlusses ihre Befugnisse überschritten habe. Der Magistrat sei bereit, der Versammlung im Rahmen des § 37 der Städteordnung im weitesten Umfange Einsicht zu gewähren, lehne aber die allgemeine Forderung ab. Freund (U. Soz.) findet in diesem Bescheid eine unerhörte Bräufierung der Versammlung. Diese Bescheide das unbedingte Kontrollrecht über die Verwaltung; der Versuch des Oberbürgermeisters, es ihr zu nehmen, finde in der Städteordnung keine Stütze. Der Redner beantragt, den Beschluß vom 8. Februar 1920 aufrechtzuerhalten unter ausdrücklicher Bezugnahme auf § 37 StO. Stadtsyndikus Lange: Die Empörung des Redners ist völlig unverständlich. Es handelt sich um einen einstimmigen Magistratsbescheid. Nicht die Versammlung ist bräufiert worden, sondern der Magistrat. Ein Parteigenosse des Redners, ein stellvertretender

Bezirksbürgermeister, nimmt zu der Frage eine entgegengesetzte Stellung ein.

Dove Dem.: Herr Freund verwechselt den Oberbürgermeister mit dem Magistrat und den einzelnen Stadtverordneten mit der Versammlung.

Dörr (Komm.): Im Magistrat hat nur eine flüchtige Abstimmung stattgefunden. (Heiterkeit.) Der Oberbürgermeister meinte vor einigen Wochen, ich hätte in der betr. Sache überhaupt kein Urteil. In dieser Auffassung des Herrn Böß ist mir ein Dreck gelegen. (Große Unruhe rechts.) Auf seine Urteile über uns pfeifen wir. (Beifall und große Unruhe.)

Löwy (Soz.): Herr Dörr hat hier große Töne geredet im Namen einer Partei, die gar nicht mehr existiert. (Andauerndes Lachen bei den Komm.) Nach allen Kommentaren steht das Kontrollrecht nur dem Kollegium in seiner Gesamtheit zu; darüber ist auch nach der historischen Entwicklung kein Zweifel. Nicht nur formell, auch moralisch ist der Magistrat im Recht. Wir stimmen gegen den Antrag.

Der Antrag Freund wird gegen U. Soz. und Komm. abgelehnt. Die Vorlage wegen Hinzuziehung von Vertretern der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu den Deputationsversammlungen geht an einen Ausschuss.

Von der Antwort des Magistrats betr. die Heringslager auf dem städtischen Viehhof und im Osthafen nimmt die Versammlung ohne jede Erörterung Kenntnis.

Der Erhöhung des Eintrittspreises zu den städtischen Volkskonzerten des Philharmonischen und des Blüthner-Orchesters auf 1,50 M. (Sammelprogramme 25 Pf.) wird zugestimmt.

### Die Strafe der körperlichen Züchtigung

soll in der Hausordnung für die Erziehungsanstalten „Struveshof“ und „Lindenhof“ in Wegfall kommen.

Albrecht (D. Bp.) macht Bedenken geltend; die Kinder seien keine Engel, sondern vielfach Bengel, und es müsse Strenge walten. — Dr. Steiniger (Dnat. Bp.) bekämpft sich als Anhänger der Prügelstrafe; 25 auf die Hosen seien manchmal sehr wirksam. — Schneider (U. Soz.) hätte es nicht für möglich gehalten, daß noch 1921 eine solche Anschauung gehegt werden kann. — Blum (Soz.): Ich kann es nicht verstehen, daß in heutiger Zeit noch für die Prügelstrafe eine Stimme sich erhebt. Kommen Sie einmal hinaus in die Anstalten, Sie werden erkennen, daß über das Material, das Sie vorfinden, diese Jugend ist kein Abkamm, sondern es sind die unglücklichen Erzeugnisse der menschlichen Gesellschaft, des kapitalistischen Systems, das sich stark daran verhängt hat. (Zuruf des Stadts. Balfors Koch, der einen stürmischen Ausbruch auf der linken hervorrufen.) Prügelstrafe als Erziehungsmittel ist gar nicht angebracht; Liebe und Vertrauen muß die Grundlage sein. — Persönlich bemerkt Koch, er habe durch seine Zwischenrufe den Redner nicht beleidigen wollen, der erst seit 1918 das sozialdemokratische Regime beherrsche. — Blum entgegnet, daß leider die Beamten früher die politischen Staatsbürgerrechte nicht besaßen, daß auch Koch daran mitschuldig sei, wenn man als Beamter erst seit November 1918 sich dieses Rechts erfreue.

Der Magistratsantrag wird angenommen; dafür stimmt außer den drei Parteien der Linken auch ein Teil der Demokraten.

Zur Verhandlung gelangt hierauf der Antrag der Deutschen Volkspartei aus der letzten Märzwoche, der schleunigste Maßregeln zur

Gewährleistung ungehinderten Verkehrs auf dem Rathaus während der Versammlungsstunden verlangt. — In der Erörterung teilt Stadtrat Wege mit, daß in Zukunft dafür gesorgt werden wird, daß die Stadtverordneten bei ähnlichen Situationen, wie sie wiederholt vorgefallen hätten, ungehindert zu den Sitzungen gelangen können. — Haß (Soz.) ist gegen den Antrag. Demonstrationen würden von allen Parteien gemacht; bisher hätten sie vor dem Rathaus das Recht des Ertrüglischen nicht übersehen, auch habe eine Begünstigung der Versammlung nicht stattgefunden. — Köllig (U. Soz.) und Dörr (Komm.) verlangen, daß Stadtrat Wege die neuen Abwehrmaßregeln bekanntgeben soll; er habe keine Diktatorrechte. — Der Magistratsvertreter erkennt die Hoheitsrechte der Versammlung an, lehnt aber höhere Angaben ab. — Auch Dr. Bohl (U. Soz.) tritt gegen den Antrag auf; den Pulsschlag der öffentlichen Meinung müsse man entgegennehmen, von einer Bannmeile dürfe keine Rede sein. — Der Antrag wird zurückgezogen.

Am 31. März hoben die Kommunisten Gabel und Genossen beantragt, sofort Maßregeln zu treffen, die jede Mißhandlung

„auf der Flucht“, Anschließen oder Erschießen von Personen verhindern, wenn sie sich in den Händen der Polizei befinden. Heute beantragen die U. Soz. die Revision der Bestimmungen über den

### Waffengebrauch der Polizei

und Schritte zur Verhinderung der Sicherheitspolizei. In der Besprechung tritt der Fall Süß mit seinen Einzelheiten nochmals in den Vordergrund. Für den Antrag Bohl spricht auch Haß (Soz.), Hallensleben (D. Bp.) lehnt die Anträge ab; die Polizei in den Händen der Stadt würde eine Waffe in der Hand der Parteiwirtschaft werden. — Der Antrag Gabel wird zurückgezogen, der Antrag Bohl gegen die Bürgerlichen angenommen.

Müller-Franken (Brisch. Bgg.) begründet den Antrag, den Magistrat um Maßnahmen zu ersuchen, wodurch der Sicherheitswache und den militärischen Formationen das Uebungs-schießen auf den Kasernenhöfen und öffentlichen Plätzen der Stadt ein für allemal verboten wird.

Der Antrag, für den auch die U. Soz. und die Soz., letztere durch Heilmann, sich erklären, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ein kommunikativer Antrag bezweckt die Verbesserung des Loses der Inassen der

### Städtischen Blindenanstalt

Es wurden nach längerer Aussprache, in der Pfannkuch (Soz.) die Parteigenossen, die in den Verwaltungsdeputationen sitzen, antwortet, auf den Bezug der betreffenden Erzeugnisse aus der Blindenbeschäftigungsanstalt zu dringen, im übrigen aber dem Antrag angeht die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse eine größere Bedeutung nicht beizumessen, verschiedene Punkte angenommen, dagegen ein Antrag Bohl auf Schaffung besonderen Wohlfahrtsfonds einem Ausschuss überwiesen.

In der Woche nach Pfingsten findet keine Sitzung statt.

Ein Antrag Kirchner (Dnat.) Bohl (U. Soz.), der sich darauf richtet, die beabsichtigte Schließung bzw. Einschränkung der Tuberkuloseheilstätten in Lichtenberg und Beelit unter allen Umständen zu verhindern, wird nach 10 Uhr eingebracht und nach Begründung durch Kirchner angenommen.

Schluß: 10 Uhr.

### Staatliche Müllgruben vor Gericht.

#### Wie Staatsgut verschleudert wird.

Die großen Müllgruben auf den ehemaligen Schieß- und Truppenübungsplätzen bei Jüterbog wurden gestern durch die Potsdamer Strafkammer gründlich durchforstet und das überraschende Ergebnis der Öffentlichkeit übergeben. Wären diese Müllgruben, die sich auf staatslichem Gelände befinden, rechtzeitig vom Reichsvermögensamt beachtet worden, so hätten viele Millionen dem Staate erhalten bleiben können.

Wegen Diebstahls bzw. Hehleri waren mehrere Aiteilnehmer angeklagt. Die Angeklagten hatten sich aus den großen Müllgruben bei Jüterbog zentnerweise wertvolles Heeresgut, was unter Aufsicht in den Gruben herumlag, aussortiert und angeeignet. Restingteile, darunter Stopfbüchsenmuttern, von denen das Stück allein mit 400 M. bezahlt wurde, ja komplette Militärarbeitstücken waren in die Gruben von den Heeresverwaltungen hineingeworfen worden. In einem Falle hatte sogar ein heute als Zeuge vernommener Hauptmann schriftliche Erlaubnis zum Abfahren der Müllgruben einem Angeklagten erteilt. Den Stempel auf diesen Schendbrief drückte der Adjutant des Schießplatzes Marschendorf, indem er im zuständigen Kreisblatt die Bevölkerung zum Abfahren der Flächen aufforderte. Ein einziger Kriminalbeamter beschlagnahmte, wie er jetzt unter seinem Eide aussagt, bei den wilden Händlern nicht weniger als 260 000 Zentner Eisen, das aus den staatlichen Müllgruben stammte. Im vorigen Jahre hatten sich auf den Schießplätzen binnen acht Tagen 400 Händler in Jüterbog niedergelassen. Was die Heeresverwaltung als Altschrott in die Müllgruben werfen ließ, brachte den Händlern, wie sie gestern selber bekundeten, Hunderttausende ein. Die Angeklagten, die zum Teil wegen gewerbsmäßiger Hehleri angeklagt waren, gaben zu ihrer Entschuldigung an, daß sie diese Müllgruben als Freigut betrachtet hätten. Diese Entschuldigung konnte das Gericht selbst mit einem großen Zeugnisaufgebot nicht widerlegen. Die Wirtschaft und Bergabung mit dem Heeresgut war in den Kasernen und auf den Plätzen derart, daß der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte. Dementsprechend wurden die Angeklagten, sowohl Hehler wie Diebe, auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Diese hier geschilderten Vorgänge gehören, wie uns ergänzend mitgeteilt wird, keineswegs der Vergangenheit an, sondern noch heute werden, wie die Zeugen unter Eid aus sagten, die Truppenplätze

# Stine Menschenkind.

## III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regö.

Das überhörten die Kleinen und liehen sich bei ihr nieder. „Und was gibt es jetzt noch?“ fragten sie.

„Rein, jetzt müßt ihr nach Hause. Dann sollt ihr mehr zu hören bekommen.“

„Vom großen Klaus?“

„Ja, und vom Vater Pers, der selbst Türen aufmachen konnte.“ Da stiefelten sie los; aber sehr schnell bewegten sie sich nicht vorwärts.

Stine sammelte das Vieh ein wenig, und dann zog sie sich aus und wusch sich in einem kleinen Tümpel, der im Gebüsch versteckt lag. Sie legte sich in dem lauwarmen flachen Wasser auf den Bauch und spielte, als ob sie schwämme; wenn sie sich auf die Arme hob und wieder senkte, umfasste das Wasser weich und gluckend ihren Leib und die kleinen festen Brüste. Die Haut war nicht so dunkel wie im letzten Sommer. Dann setzte sie sich aufrecht auf die Wiese und schauerte sich, um den Rest zu entfernen.

Später sah sie halb angekleidet auf dem trocknen Moorhang und sah ihre Sachen nach; ein Papier mit Nähzeug lag ausgepackt neben ihr. Das Vieh weidete ruhig; sie hatte Zeit und Ruhe, sich mit ihren eignen Dingen zu beschäftigen, — mit den Kleidern und mit dem Andern, und Stine war jetzt in der richtigen Stimmung dazu. Sie freute sich darüber, allein zu sein.

Leise vor sich hin summend sah sie so, halb in sich gekehrt, bei der Arbeit, beglückend frei von allen Sorgen. Kleine Gedanken und Eindrücke flatterten in ihren Kopf hinein, — und flogen wieder davon, ohne daß sie sie festhielt; von dem dickgepöferten Boden aus Moos und halbmeltem Gras stieg die Erdwärme auf und hüllte sie ein. Sie sah und wuchs. Drüben von der Landstraße her hörte man einen Wagen rollen, sie horchte aufmerksam. — Der Laut klang so eilig. Aber sie mochte sich nicht erheben und aufs Feld hinauflaufen, um zu sehen, wer es sein könnte.

Im Laufe des Nachmittages kam Carl über die Wälder

vom Hof her; es mußte also daheim irgend etwas nicht stimmen. „Nun ist er wieder da.“ sagte er und warf sich neben ihr hin, „sie sind schon halb besoffen.“ Er wandte sein Gesicht ab.

„Dann machst du dich wohl aus dem Staube?“ fragte Stine und lächelte halb spöttisch. Sie begriff nicht, daß er immer noch zu Hause war und den Kopf hängen ließ.

„Ich hab' es der Mutter gesagt, aber sie gibt mir zur Antwort: Reiß du nur! Es ist ihr alles gleichgültig, wenn sie nur selber machen kann, was sie will. Aber jetzt ist es ernst, ich hab' meine Sachen gepackt. Ich wollte dir doch Lebewohl sagen.“ Er sah eine Weile da. „Machst du dir auch nichts daraus, daß ich reise?“ fragte er und umfasste ihre Zöpfe.

Stine schüttelte entschieden den Kopf: „Rein, reiß du nur ganz ruhig!“ Er hatte ihr das Leben in keiner Hinsicht erleichtert.

„Bin ich denn nicht gut zu dir gewesen, — bin ich nicht?“ wiederholte er, als sie hartnäckig schwieg.

„Rein,“ sagte sie endlich, leise. Sie hatte Tränen in den Augen bei dem Gedanken an alle die Mäse, wo er sich hätte neben sie stellen müssen, wenn ihr Unrecht zugefügt wurde, es aber nicht tat.

Auch er dachte vielleicht daran. „Rein, ich weiß es wohl.“ sagte er gedämpft, „denn ich war feige. Aber jetzt bin ich es nicht mehr. Von nun an will ich versuchen, ein guter, mutiger Mensch zu werden.“

„Da, denn jetzt hast du wirklich Kummer bekommen.“ sagte Stine und schaute ihm ins Gesicht. Sie mußte, wie schwer es war, von Hause fortzugehen.

Verzweifelt starrte er ins Leere: „Hauptächlich liegt es daran, daß es die Mutter ist — und dann daß die Leute so viel über uns reden. Sie gaffen einen an, und dann stecken sie die Köpfe zusammen und flüstern. Die Menschen sind garstig. O, du... sie sind so boshaft! Aber das darf man ja nicht denken, man soll seinen Nächsten lieben.“ Er hielt plötzlich inne.

„Nus all dem soll man sich nichts machen.“ sagte Stine, um ihn aufzumuntern. „Laß du doch die Leute reden. Wenn man nur weiß, daß man nichts Verkehrtes getan hat, dann kann einem gleichgültig sein, was die andern meinen. Du hast neulich ja selber gesagt, wenn man nur Frieden mit Gott

hat, so kann es einem einerlei sein, was die Leute über einen denken.“

Er hatte seinen Kopf an ihre Schulter gelehnt und sah mit geschlossenen Augen da. „Es ist so schwer, stark in Gott zu sein.“ sagte er still. „Wenn man ihn nur zur Seite hätte und nicht im Innern. — so daß man ihn sehen könnte!“ Geistesabwesend tastete er mit der Hand über ihren Rücken hin, dann richtete er sich mit einemmal auf und sah sie untersuchend an. Ihre Bluse war über die eine Schulter herabgeglitten, — sie hatte sie nicht richtig zugeknöpft; das Schulterblatt ragte ein wenig hervor.

„Was hast du da?“ fragte er und ließ die Handfläche auf einer Stelle ruhen.

„Ach, das ist davon gekommen, weil ich die Kleinen beschwipst geschleppt habe.“ sagte sie errötend und bedeckte sich hastig. „Es ist fast wieder weg.“ fügte sie leise hinzu, — mit abgewandtem Gesicht.

„Du brauchst dich doch deswegen nicht zu schämen.“ sagte er und erhob sich. „Man ist doch nicht so eier!“

Rein, Stine schämte sich gar nicht vor ihm; er war ja bloß unglücklich, — schlecht und recht. Aber sie war ärgerlich darüber, daß er die Schamheit bewert hatte, jetzt, wo sie gerade im Begriff war, ganz zu verschwinden. Nun gab sie sich besondere Mühe, sich gerade zu halten; sie wußte einen ranken Rücken haben und eine runde Brust, wie die andern jungen Mädchen. Das Wort Sünde blieb ihr von der Unterredung mit Karl im Ohre haften. War es Sünde, sich Schönheit zu wünschen, — und mühte das etwas? Der Vater fand ja, daß sie schon schön sei. „Du wirst mit der Zeit ein hübsches Mädchen.“ pflegte er zu sagen, so oft sie nach Hause kam. Aber er war nicht unparteiisch. Stine hätte es gerne auch andere sagen hören. Vor allem wollte sie natürlich ein gutes Mädchen sein; aber es konnte nichts schaden, wenn man auch ein hübsches nett war!

Weber dies und jenes dachte sie da draußen nach: Es war kein Gejage mehr von dem einen zum andern, Stine hatte Zeit, zu verweilen. Und schließlich hatte sie auch das gelernt. Während sie sich in den Moorbüschen wusch, entdeckte sie sich selbst, Zoll für Zoll, — vorläufig ohne größere Freude. Es war viel auszulegen an dem Ganzen!

(Fortf. folgt.)















# Ultimatum und Regierungsfrage.

## Stellungnahme der Groß-Berliner Funktionäre.

Die sozialdemokratischen Funktionäre Berlins nahmen gestern in einer überfüllten Versammlung im Lehrereinschulhaus Stellung zur Annahme des Entente-Ultimatums und der Frage der Regierungsbildung im Reich.

### Genosse Hildenbrand

erinnerte in seinem Referat daran, daß nach dem 9. November 1918 das ganze Volk von der Sozialdemokratie die Führung erwartete. Wir hatten damit die Verpflichtung übernommen, die Folgen der Niederlage zu liquidieren. Wir haben den Krieg beendet und die schweren Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben, denn Deutschland war unfähig, sich weiter verteidigen zu können. Deutschnotionale Blätter haben das als ein Verbrechen bezeichnet. (Wußt) Zweifellos ist der Friedensvertrag der Ausdruck imperialistischer Herrschsucht, aber er mußte angenommen werden, wenn der Krieg beendet werden sollte. Sicherlich hätten auch die Rechtsparteien den Friedensvertrag unterschrieben, wenn es auf ihre Stimmen angekommen wäre. Sie konnten sich den Luxus der Ablehnung leisten, weil ja die anderen unterschrieben. Wie steht es nun mit der Ausführung des Friedensvertrages? Die Forderung der Entwaffnung wünschen wir ehrlich durchgeführt zu sehen. Aber die Gerechtigkeit verlangt, daß auch die anderen Staaten zur Abrüstung schreiten. (Lebhafte Zustimmung.) Auch die Aburteilung der Kriegsverbrecher ist durchaus erfüllbar. Wenn das Reichsgericht bisher noch keinen einzigen abgeurteilt hat, so muß man

### mehr an ein Nichtwo

als ein Nichts glauben. (Sehr richtig!) Auf die Behauptung der verlassenen Reichsregierung, daß sie die zunächst geforderten 20 Milliarden Goldmark bereits gezahlt habe, ist zu sagen, daß sie zum mindesten von ihren Sachverständigen nicht gut beraten war. (Bewegung.) Der Redner kritisierte sodann das diplomatische Vorgehen der vergangenen Regierung. Die Pariser Beschlüsse wurden nicht mit einem Gegenorschlag beantwortet, die Londoner Konferenz wurde mit der Erklärung begonnen, daß die Pariser Beschlüsse unerfüllbar seien. Dann kamen die Schritte beim Präsidenten Harding und beim Papst. Hardings Rat an die deutsche Regierung, neue Vorschläge einzubringen, wurde nicht befolgt, und nun erfolgte das Ultimatum, das in längerem Kampf zwischen englischen und französischen Interessen zustande gekommen ist. Brand hat zwar seine ganze Kraft auf die Durchführung der Pariser Beschlüsse gerichtet, aber er hat nachgeben müssen. Das Ultimatum verfehlt, wenn auch in unzureichender Weise, der deutschen Leistungsfähigkeit Rechnung zu tragen.

Die finanziellen Bedingungen des Ultimatum haben bei der SPD-Fraktion schwere Bedenken erregt, aber der Zahlungspunkt, der für die geforderten 132 Milliarden vorgesehen ist, erscheint realisierbar. Es gibt natürlich auch Sachverständige, die von der Unerschwinglichkeit überzeugt sind. Es handelt sich jetzt für Deutschland darum, den restlosen Beweis zu erbringen, daß wir

### das Menschennögliche leisten wollen.

(Bravo!) Nach 14stündiger Beratung hat die SPD-Fraktion beschlossen, dem Ultimatum zuzustimmen. Dadurch ist die Besetzung des Ruhrgebietes verhindert worden und damit die wirtschaftlichen als auch die politischen Folgen der Besetzung. Die deutsche Wirtschaft wäre durch die Verteuerung der Ruhrkohle furchtbar geschädigt worden und die Arbeitslosigkeit wäre in Deutschland ins Unermessliche gewachsen. Das zu verhindern war eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Die Deutsche Volkspartei war zunächst bereit, das Ultimatum zu unterzeichnen. Erst als später bekannt wurde, daß sowohl Zentrum als SPD und USA, entschlossen waren,

das Ultimatum anzunehmen, zogen sich die Streikdauer aus rein agitatorischen Erwägungen zurück, und bei der Abstimmung haben schließlich nur noch sechs ihrer Mitglieder für die Annahme des Ultimatum gestimmt.

Bei der Regierungsbildung waren wir der Meinung, daß auch die Unabhängigen

in die Regierung eintreten sollten. Die USP erklärte sich aber nur bereit, mit uns eine Regierung unter Ausschaltung der bürgerlichen Parteien zu bilden. Eine solche Regierung hätte keine Mehrheit im Parlament und sicherlich auch nicht die Anerkennung der Entente gefunden.

Wenn unsere Genossen in der Regierung das uneingeschränkte Vertrauen der Arbeiterschaft genießen, dann werden sie auch stark auftreten können. (Lebhafte Beifall.)

Es folgte eine sehr ausgiebige und lebhaft diskussion, an der die Genossen Klein, Schiff, Dr. Jehlin, Imhof, Gennert, Bernhard Krüger, Kapsenstein und Polizeipräsident Richter teilnahmen.

Nach einem Schlusswort des Referenten Gen. Hildenbrand wurde über die Entschließung des Bezirksvorstandes abgestimmt. Ein von Schiff beantragter Zusatz (Ablehnung einer jeden gemeinsamen Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei), der von mehreren Diskussionsrednern bejournet, vom Referenten in seinem Schlusswort als unzumutbar belämpft wurde, wurde in besonderer Abstimmung mit gewaltiger Mehrheit angenommen. Sodann wurde die nachstehende Gesamtresolution einstimmig angenommen.

### Entschließung:

Die Funktionäre der SPD, Groß-Berlin billigen den Beschluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, für die Annahme des Entente-Ultimatums zu stimmen, da unter den angedrohten Zwangsmassnahmen die arbeitende Bevölkerung in erster Linie zu leiden gehabt hätte, ohne daß die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage dadurch befreit worden wären. Angesichts der Tatsache, daß Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Kommunisten im Interesse ihrer nationalen und parteiagitatatorischen Hehe die Annahme des Ultimatum ablehnten, war die Sozialdemokratie gezwungen, in die Reichsregierung einzutreten und mit der Verantwortung für die Durchführung unserer Verpflichtungen zu übernehmen.

Diese schwere Verantwortungslast kann die Sozialdemokratie nur tragen, wenn durch eine schnelle Neubildung der preussischen Regierung auf der Grundlage der alten Koalition uns auch ein entsprechender Einfluß auf die Staatsverwaltung eingeräumt wird. Dabei kann nach der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zum Ultimatum und nach ihren grundsätzlichen Anschauungen eine gemeinsame Regierungsbildung mit dieser Partei weder im Reich noch in Preußen für uns in Betracht kommen.

Die Konferenz erwartet, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder mit allem Nachdruck dafür eintreten werden, daß die Entwaffnung und die sofortige Aburteilung der Kriegsverbrecher durchgeföhrt wird. Bei der Aufbringung der finanziellen Leistungen ist in erster Linie die Befreiung des Volkes und des Unternehmervorgangs und der Produktion bis an die äußerste Grenze durchzuführen, und es ist dafür zu sorgen, daß die kapitalistische Steuerlast der letzten Zeit mit allen Mitteln gebrochen wird. Letztgültige Demokratisierung der Verwaltung und Reformen der Rechtspflege sind hierfür und für den inneren Wiederaufbau unbedingte Voraussetzungen. Bei der Durchführung einer solchen Politik wird die gesamte Arbeiterschaft hinter der Regierung stehen.

Daraufhin wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag derselben Abgeordneten auf Entgegennahme einer Regierungserklärung. Für diesen Antrag stimmen mit den Unabhängigen und Kommunisten auch die beiden Rechtsparteien; dabei erweist sich ein Sammelpunkt als notwendig. Es erschienen nur wenige Abgeordnete der Mittelparteien wieder im Saal, und das Ergebnis: 111 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen ergibt eine neue Beschlussfähigkeit des Hauses.

Präsident Ebb: Ich halte es für selbstverständlich, daß die Regierung eine Erklärung abgeben wird.

## Die Reichsregierung vor dem Reichsrat.

Zu der Donnerstagssitzung des Reichsrats stellte sich Reichskanzler Dr. Wirth vor Eintritt in die Tagesordnung dem Reichsrat mit einer kurzen Ansprache vor, in der er betonte, daß die Regierung noch kein Programm vorlegen könne, daß sie aber eine Politik treiben werde, die darauf hinfiele, die Zustimmung zu dem Ultimatum durch Leistungen zu verwirklichen und das deutsche Versprechen ohne Vorbehalt zu erfüllen. Allerdings erwartet die Regierung auch die Anerkennung ihres guten Willens von der Gegenseite und ein ehrliches Spiel in Dberstücken. Der Reichskanzler hat darum, mit ihm den schwereren Weg zu gehen und das „Ja“ der deutschen Regierung vor allen Gefahren der Störung zu bewahren. Nach dem Reichskanzler stelle sich der neue Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer dem Reichsrat vor und betonte, daß das Deutsche Reich immer am besten dabei fahren werde, wenn man auf die Bedürfnisse der einzelnen Länder Rücksicht nehme. Der Vertreter Bayerns dankte den Vorgesetzten und versprach die bereitwillige Mitarbeit des Reichsrates.

## Keine Streikbrecherarbeit für England.

Brüssel, 12. Mai. (W.B.) „Independance Belge“ meldet, daß Kahlmann, der Sekretär des Hafenarbeiterverbandes von Antwerpen, dem Gewerkschaftsausschuss und dem Eisenbahnerverband mitgeteilt hat, daß die Hafenarbeiter von Antwerpen es ablehnen würden, nach England bestimmte Kohlen zu liefern. Er fordert die belgischen Eisenbahner auf, die Hafenarbeiter zu unterstützen, und es unmöglich zu machen, daß belgische Kohle nach England gelangt.

## Gewerkschaftskämpfe in Frankreich.

Paris, 12. Mai. (E.) Heute Abend trat die französische Gewerkschaftskommission zur Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen folgende zwei Punkte:

1. Die internationale Lage.
2. Die innere Lage der französischen Gewerkschaften.

Zunächst wurde der zweite Punkt beraten. Jouhaux ergriff das Wort und bezeichnete es als unmöglich, daß die Gewerkschaften unter den gegenwärtigen Umständen ihre Tätigkeit weiter ausüben könnten. Jede Propaganda und jede Neuanwerbung von Mitgliedern sei unmöglich geworden, da die Gewerkschaften bei allen Gelegenheiten als das unzulänglichste angegriffen werden. Hiermit müsse aber endlich Schluss gemacht werden. Der Sekretär der Gewerkschaft Bouches du Rhone, die der kommunistischen Gruppe angehört, machte Jouhaux zum Vorwurf, daß die Gewerkschaften sich ihrer Aufgabe nicht mehr bewußt seien. Auch mit der revolutionistischen Richtung müsse Schluss gemacht werden. Die Debatte wurde in der heftigsten Weise geführt.

Der Reichspräsident hat an den bisherigen Minister des Innern Koch ein Hand schreiben gerichtet, in dem er den Abschied aus seinem Amt genehmigt und ihm für seine geschickte und umsichtige Leitung seines Dienstbereichs, insbesondere auf organisatorischem Gebiet, seinen Dank ausspricht.

Kaspereit aus der Haft entlassen. Der ehemalige Landrat von Sangerhausen, der Unabhängige Kaspereit, ist am Mittwoch aus der Haft entlassen worden. Die Verhaftung war unter der Anklage des Hochverrats erfolgt. Die Haftentlassung zeigt, daß die Anklage schon in der Voruntersuchung zusammengebrochen ist. Trotzdem hat die deutschnationalen Presse seit Wochen über Kaspereit in einem Sinn geschrieben, als ob er des Hochverrats bereits überführt sei.

Radikal aber unorganisiert. Der Bezirksparteiobmann der SPD für Brandenburg-Berlin hat beschlossen, daß Fritz Wolf von der Reichsgewerkschaftszentrale der SPD sämtliche Funktionen in der SPD niederzulegen habe, da er bis jetzt noch keine Gelegenheit genommen hat, sich die Mitglieder der SPD zu beschaffen, bzw. sich zu organisieren. — Warum sollen sich auch große Helfer wie Fritz Wolf mit solchen Kleinigkeiten abgeben?

Irreführende Behauptungen. Die „Freiheit“ bringt die Meinung — und bürgerliche Blätter reden sie ihr nach — daß nach der Neuwahl des Vorstands der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Genosse Heilmann dem Vorstand nicht mehr angehört. In Wirklichkeit hat Genosse Heilmann dem Vorstand der Landtagsfraktion auch vor dem nicht angehört, weder in der Landesversammlung noch im Landtag. Irigendwelche politischen Schlüsse aus der Tatsache, daß er auch dem neuen Vorstand nicht angehört, sind daher ganz und gar unangebracht.

Befehltes Ausnahmerecht. Das Reichsgericht hat entschieden, daß die im Artikel 151 Abs. 1 des bayerischen Volksschulunterrichtsgesetzes vom 14. August 1910 enthaltene Bestimmung, wonach das Dienstverhältnis der Volksschullehrerinnen mit der Eheschließung erlischt, mit der Bestimmung des Artikels 12 Abs. 2 der Reichsverfassung, wodurch alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt sind, unvereinbar ist.

Reinordnung des Schutzpolizeiwesens. Der preussische Minister des Innern hat nach Abschluß eingehender Verhandlungen mit den zuständigen Ressorts Preußens und des Reiches nunmehr angeordnet, daß die noch im Angestelltenverhältnis befindlichen Angehörigen der Schutzpolizei sofort als unmittelbare Staatsbeamte angestellt werden.

## Letzte Nachrichten.

### Blutiger Abschluss einer Liebestragödie.

Im Hause Jahnstr. 7 spielte sich gestern vormittag eine blutige Liebestragödie ab. Hier wohnt auf dem 2. Hof im 3. Stockwerk die Witwe Elisabeth Kalbhenn mit ihrer 24jährigen Tochter Charlotte. Zwischen 10 und 11 Uhr nachmittags erhielt die Tochter in Abwesenheit der Mutter den Besuch ihres Bräutigams, des 29 Jahre alten Technikers Peter Schäfer, der in der Chemischen Fabrik im Elektrizitätswerk I in Bitterfeld beschäftigt war und dort wohnte. Etwa gegen 11 Uhr hörten Hausbewohner 4 Schüsse fallen, legten aber der Sache keine weitere Bedeutung bei, bis schließlich nachmittags gegen 4 1/2 Uhr die Mutter der Kalbhenn heimkehrte und nach Deffnung der Wohnung ihre Tochter Charlotte und deren Bräutigam tot am Fußboden in einer Blutlache liegend aufsand. Nach den angestellten Ermittlungen hat Schäfer seine Braut und dann sich selbst durch Schüsse aus einem Trommelrevolver in die Schläfe getroffen. Unmittelbar neben ihm lag die Witwe und in seiner rechten Hand fand man noch 12 Patronen. Alle Umstände deuten darauf hin, daß Schäfer bereits mit der Absicht nach Berlin gekommen war, seine Braut und sich selbst zu töten. Der Beweggrund bedarf noch der Klärung. Die beiden Leichen wurden dem Schauhause zugeführt.

# Neue Bestimmungen für Sondergerichte

Der Reichstag ist gestern bis zum 31. Mai vertagt worden mit dem üblichen Vorbehalt einer früheren Einberufung, falls die Ereignisse sie erfordern. Das Hauptergebnis der gestrigen letzten Sitzung vor Pfingsten, die sich infolge schwacher Befragung des Hauses müde dahinschleppte, war die debattierlose Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, der die vielumstrittene Verordnung über die Sondergerichte in wichtigen Punkten wesentlich mildert. Es ist festzustellen, daß nicht nur die Unabhängigen, sondern auch die Kommunisten wie im Ausschuss so auch im Plenum den sozialdemokratischen Antrag unterstützten, indem sie überflüssige Reden vermieden und einfach für ihn stimmten. Nachdem sie sich zwar über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage den Mund arg zerrissen hatten, hielten sie ihn im entscheidenden Augenblick geschlossen und bekannten sich damit stillschweigend zu dem Grundlag, daß der Sperling in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach. Auf nachträgliche Vorbehalte sind wir gefaßt, stellen aber trotzdem diese leichte Wendung zur Realpolitik mit Befriedigung fest.

Die gestrige Reichstagsitzung beginnt mit der Verweigerung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Thomas (Komm.) wegen Beleidigung, Unterschlagung und Meineids, einem Antrage des Geschäftsausschusses des Reichstages.

Ein scheinbarer Antrag Hoffmann (Komm.) verlangt die sofortige Entlassung des Abg. Thomas (Komm.) aus der Strafkast in der Gefangenensanität Landsberg am See in Bayern.

Abg. Brodau (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Geschäftsausschusses, der vorgeschlägt, dem Antrage die Zustimmung nicht zu erteilen. Thomas soll bei der Aufforderung zum Hochverrat und Umsturz der bestehenden Staatsform auf freier Tat ertrappt sein.

Vorstellungen liegen nicht vor. Bei der Abstimmung zweifelt Abg. Eminger (Bauv. Sp.) die Beschlussfähigkeit des Hauses. (Wut-Rufe bei den Kommunisten.)

Präsident Ebb stellt fest, daß das Haus beschlussfähig ist und beauftragt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später, auf 1 1/2 Uhr an.

### Zweite Sitzung.

Präsident Ebb eröffnet die neue Sitzung um 2 Uhr. Neu auf die Tagesordnung gelangt ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag Müller-Franken (Soz.) betr. Abänderung der Verordnung über die Sondergerichte.

### Abg. Rodbruch (Sp.)

berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss schlägt eine Entschließung vor, die im wesentlichen folgende Punkte enthält:

Strafیاتen, die mit der außergerichtlichen Bewegung aus dem März 1921 in keinerlei Zusammenhang stehen, sollen nicht mehr vor die Sondergerichte gebracht werden. Jugendliche sollen ausschließlich von den ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden. Es sei denn, daß ihre Straftat im Zusammenhang steht mit Straflosen Ermordung, die vor den Sondergerichten behandelt werden. Ein Verteidiger ist in allen denjenigen Fällen zu bestellen, in denen die Bestellung im ordentlichen Verfahren notwendig wäre. Es wird sichergestellt, daß der Verteidiger ebenso früh wie im ordentlichen Verfahren bestellt wird und nach dem gleichen Zeit-

punkt wie im ordentlichen Verfahren die Möglichkeit freier Aktensicht und freien Verkehrs mit dem verhafteten Angeklagten hat.

Weitens am wichtigsten sind die folgenden drei Bestimmungen: Die Zeit zwischen Ladung und Hauptverhandlung, bisher 24 Stunden, muß künftig 3 Tage betragen. Ferner soll künftig unmöglich sein, daß der Angeklagte ohne Mitteilung einer Anklageschrift, ja ohne jede Kenntnis der Beschuldigung,

in die Hauptverhandlung eintritt; die Einziehung und Mittelung einer, wenn auch verkürzten Anklageschrift wird unbedingt vorgeschrieben. Schließlich hat sich die Beweisaufnahme, wenn nicht beide Teile darauf verzichten, auf alle vorgelegten Zeugen und Sachverständigen und alle herbeigeschafften Beweismittel zu erstrecken. (Der Versuch, die Bestimmung zu befechtigen, nach der der Umfang des Beweisverfahrens im übrigen in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, scheiterte an der bürgerlichen Mehrheit. Im übrigen erklärten die Regierungsvertreter, daß die Arbeit der Sondergerichte in einigen Bezirken nahezu beendet sei, in anderen bei Ende Juli voraussichtlich zu Ende geführt werden könne. (Ann. d. Red.)

Der Ausschussantrag wird ohne Erörterung einstimmig angenommen.

Das neue Gebührengesetz für die Auslandsbehörden geht an den Hauptauschuss. Der Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, die Reichsregierung zu ersuchen, scheinung einen Gesetzentwurf so zeitig vorzulegen, daß nach im Laufe des Frühjahrs eine Gesetzesvorlage betr. Ausgestaltung der Leistungen in der Wochenhilfe erfolgt.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Kriegs zurückgelegten Dienstzeit der Beamten.

Bei der Abstimmung über § 1 bezweifelt Abg. Hoffmann (Komm.) die Beschlussfähigkeit des Hauses. — Der Präsident beauftragt die nächste Sitzung auf 2 Uhr 15 Minuten an. Tagesordnung: Petitionen.

### Dritte Sitzung.

Präsident Ebb eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Zahlreiche Blattschriften werden ohne Aussprache erledigt. Eine Eingabe betr. den Schutz des Saargebietes wird der Reichsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Ausschuss zur Ausführung des Friedensvertrages fordert baldmöglichst ein Weisbuch über die Lage im Saargebiet. Nach Empfehlung des Antrages durch die Abgg. Philipp (Dnat.) und Reichert (Dnat.) werden die Anträge des Ausschusses angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Dienstag, den 31. Mai, nachmittags 3 Uhr. Er erbittet die Ermächtigung, wenn die politischen Verhältnisse es notwendig machen, auch früher eine Sitzung einzuberufen.

Nach längerer Diskussion über diesen Vorschlag beschließt das Haus dementsprechend. Der Präsident wird ermächtigt, gegebenenfalls früher eine Sitzung einzuberufen. Der Präsident schlägt vor, auf die Tagesordnung zu setzen das Gesetz über den Volksentscheid, das Reichs-Gesetz und das Gesetz über den Staatsgerichtshof.

Ein Antrag Hoffmann (Komm.) auf den Inneminister



# Gewerkschaftsbewegung

## Verräter der Arbeitslosen.

Mit diesem Titel belegt die „Rote Fahne“ natürlich die — „Vorwärts“-Redaktion. Wir hatten uns in der Abendausgabe vom 4. Mai mit der Rede Malgahn auf der letzten Reichskonferenz der Erwerbslosenratte beschäftigt und an seine Aufforderung, die Arbeitslosen sollten Demonstrationen unternehmen nach den Stadt- und Gemeindeparlamenten und nach den Bureaus der Gewerkschaftsvorstände und Gewerkschaftsartelle die Mahnung gerichtet, diesem Rufe nicht zu folgen, da man heute zur Genüge weiß, was aus solchen kommunistischen Aktionen, die man bekanntlich nach berühmten Mustern steigert, wird. Die „Rote Fahne“ findet schon am 12. Mai den „Mut“, darauf zu bestehen, daß ihre Leser den Bericht von der Reichskonferenz schon längst wieder vergessen haben. Das Kommunistenblatt hat den traurigen Mut zu behaupten:

„Diese Ausführungen der „Vorwärts“-Leute sind an die Adresse der Bourgeoisie gerichtet, um sich dieser immer wieder als die wahren Schützer des Kapitals anzupreisen. Der „Vorwärts“ kann beruhigt sein, die Arbeitslosen haben schon lange erkannt, in welchem Lager sie die schamlosen Heuschrecken befinden, die es wagen, sie zu verhöhnen und zu verspotten.“

Auf diese Schimpereien der „Rote Fahne“ auch nur mit einer Silbe einzugehen, lehnen wir aus Reinlichkeitsgefühl ab. Aber wir bitten sie, uns einmal zu sagen, was denn die Kommunisten bisher Positives an den Arbeitslosen getan haben. Unseres Wissens bestand ihre „Fürsorge“ für die Erwerbslosen in der Hauptsache darin, sie im Interesse ihrer Partei auf die Straße und vor die Rathhäuser zu rufen und in die Gewehre der Polizei zu schicken.

Wenn die „Rote Fahne“ weiter behauptet, daß die Arbeitslosen immer mehr erkennen, ihr Los könne nur von den Kommunisten gebessert werden, so empfehlen wir ihr, sich einmal auf den Arbeitsnachweisen umzusehen. Dort kann sie die Erfahrung machen, daß die kommunistischen Propagandareue nur in allerseitsen Fällen noch Zuhörer finden, daß man sie dafür aber sehr oft am Nadeln überhand zu verhindern. Diese Tatsachen sollten doch den Kommunisten zu denken geben und sie veranlassen, ihre Meinung über die Frage, wer Verrat an den Arbeitslosen übt, zu revidieren. Vielleicht kommen sie mit dem größten Teil der Arbeitslosen zu der Ansicht, daß die Verräter nicht auf unserer Seite zu suchen sind.

## Zum Streik im Tiefbaugewerbe.

Da der Streik der Berliner Tiefbauarbeiter bereits seit 4. April dauert und die Verhandlungen der Parteien resultatlos blieben, griff der Schlichtungsausschuß von Amts wegen ein. Die Verhandlungen waren am Dienstag, Dr. Schäg als Vertreter der Arbeitgeber erklärte, das Hauptarbitrium sei in diesem Falle zuständig, nicht der Schlichtungsausschuß. In Wirklichkeit ist in Lohnstreitigkeiten das Bezirksarbitrium zuständig. Ueberdies besteht zwischen dem Deutschen Bauarbeiterverband und der Ortsgruppe der Unternehmer für das Tiefbaugewerbe kein örtlicher Tarifvertrag. Der Schlichtungsausschuß erklärte sich schließlich für zuständig. (Das Gegenteil war in dem von einer Korrespondenz verbreiteten Bericht gesagt, der auch im „Vorwärts“ in der Abendausgabe am Mittwoch erwähnt wurde, sich jetzt aber in diesem Punkte als falsch erwiesen hat. D. Red.)

Kunmehr erklärten der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Ziegler und Dr. Schäg übereinstimmend: „Wir lehnen es ab, in sachliche Verhandlungen einzutreten.“ — Deshalb scheiterte der Einigungsversuch!

Aus diesem Verhalten der Tiefbauunternehmer geht klar hervor, daß sie überhaupt nicht gewillt sind, den Wirtschaftskrieg im Tiefbaugewerbe wiederherzustellen. Es scheint ihnen nur darauf anzukommen, die Organisation der Tiefbauarbeiter zu zerschlagen. Wir ersuchen alle im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter darauf zu achten, daß Streikarbeit unter keinen Umständen geleistet wird.

## Das Kesseltreiben gegen die Reichsangestellten.

Neuerdings ist eine Geheimverfügung des Reichsfinanzministeriums ergangen, nach der die Entlassung von 25 Proz. aller Angestellten vorgenommen werden soll. Dieses Borgehen beschränkt sich nicht auf die Reichsministerien, auch alle nachgeordneten Behörden werden davon betroffen. Die veruchte Rechtfertigung dieser Maßnahmen bedeutet eine Irreführung der Öffentlichkeit! Es stimmt nicht, daß allgemein bei den Reichsbehörden überzählige Arbeitskräfte vorhanden wären, ebenfalls nicht bei einem Teil nicht ins Gewicht fallender abbauender Dienststellen; gegen einen gleichlaufenden Abbau der Arbeitskräfte erheben hier weder die Angestellten noch ihre Organisationen irgendwelchen Einspruch. Das große Kesseltreiben gegen die Angestellten dient lediglich dazu, Beamte an ihre Stelle zu bringen, die aber mit den einschlägigen Verwaltungsarbeiten nicht immer ausreichend vertraut sind. Die verfahrenen Zustände in den Finanzämtern zeigen das augenfällig. Mit Recht erregt die Angestellten besonders, daß sie neuen Beamten und Beamtinnen Platz machen sollen.

Das Reichspostministerium geht auf diesem unrühmlichen Wege führend voran! Es will die kaufmännisch vorgebildeten männlichen Angestellten der Postämter innerhalb kurzer Frist zur Entlassung bringen und dafür jugendliche weibliche Arbeitskräfte im Beamtenverhältnis einstellen. Bessere Eignung sei der Grund! Nicht etwa die geringeren Gehaltsansprüche der jungen Mädchen? Um die Demobilisierungsmaßnahmen scheint das Postministerium sich nicht kümmern zu wollen. Die betroffenen Angestellten aber, zum großen Teil Familienväter, denken nicht daran, sich zugunsten von Beamtenkindern usw. widerstandslos auf die Straße setzen zu lassen. Ihre Stimmung ist bereits sehr verärgert, und größere Konflikte drohen.

Auch andere Behörden sind dabei, in der gleichen „sozialen“ Weise neue Beamtenstellen zu schaffen. Soll das Reich vor schweren Schäden bewahrt bleiben, wird die Regierung gut tun, der weiteren Entwicklung größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen. Auch der Reichstag wird hierzu bei den Sonderberatungen der Ministeriaten Stellung zu nehmen haben und die schon weit gediehenen Vorbereitungen der Kassenentlassungen von Angestellten in gründlichen Einzelberatungen nachprüfen müssen.

## Die Gärtner zum kommenden Arbeitsrecht.

Der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter (Verwaltung Groß-Berlin) hielt am Mittwoch eine allgemeine Mitgliederversammlung ab. Reichstagsabgeordneter Eugen Kaiser, ein Kollege der Versammelten, referierte über das geplante neue Arbeitsrechtsgesetz und die Gärtnerarbeitnehmer. Er verwies darauf, daß der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung von Arbeitsgerichten schon seit etwa einem Jahre fertig sei und schon seit langer Zeit dem Reichskabinett zur Entscheidung vorliege, ohne daß es bisher möglich gewesen sei, ihn „von dieser politischen Leimrute“ loszubringen. Die Arbeiterschaft, ganz besonders aber die der Gärtnerbetriebe und der Landwirtschaft, könne nur wünschen, daß der Entwurf möglichst bald Gesetzeskraft erlange. Außer für die einzelnen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sollen die Arbeitsgerichte auch zuständig sein für Forderungen, die sich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ergeben und die bisher den langsam und schwerfällig arbeitenden ordentlichen Gerichten zufielen. Für Gesamtfreiheiten wolle der dem Reichstag vorliegende Entwurf einer Schlichtungsordnung endgültiges Recht schaffen. Die Arbeitervertreter werden im Parlament alles tun, um aus diesem Entwurf bedenkliche Bestimmungen zu entfernen, so die Erschwerung von Streiks.

Redakteur Reinhold von der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“ ergänzte den Vortrag und begründete folgende Resolution:

„Die Versammelten richten an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, bei der Neuregelung des Arbeitsrechts auch endlich einmal eine Lösung des seit 1869 die Gemüter erregenden gärtnerischen Rechtsfrage in freierwilliger und modernem Sinne herbeizuführen. Die gärtnerische Arbeitnehmerschaft erwartet die Erledigung der Frage, ob der Betrieb der Gärtnerei zum Gewerbe oder zur Landwirtschaft gehört, durch völlige und restlose Beseitigung der immer noch vorhandenen Beschränkungen des landwirtschaftlichen Arbeitsrechts, daß es kein zweierlei Recht auf diesem Gebiete mehr gibt. Alle tut aber nur, wenn nicht das Vertrauen weiserer Kreise unseres Berufs zur Rechtsprechung, die mangels einheitlicher Normen schwankend sein muß, noch mehr erschüttert werden soll. Zu diesem Zwecke ist über nötig, sich mit der Berufsorganisation in Verbindung zu setzen, um angesichts der schwierigen Unterscheidungsmerkmale der verschiedenen Betriebe eine wirkliche praktische, nicht nur von juristischen Erwägungen beeinflusste Lösung zu finden. Deshalb fordert die Versammlung im Hinblick auf § 185 der Reichsverfassung auch Hinzuziehung des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter als größte Berufsorganisation, die schon seit Jahren als Vorkämpfer auf diesem Gebiete wirkt.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber Koalitionsrecht und Berliner Kirchengemeinden sprach dann der Vorsitzende Vermoia, indem er das scharfe Verhalten der Berliner Kirchengemeinden bei Gelegenheit und auch nach dem verloren gegangenen Streik der Friedhofarbeiter scharf kritisierte, die ihre viel gerühmte Liebe zum Nächsten dadurch bewiesen hätten, daß immer noch 105 Kollegen ausgesperrt seien, von denen eine ganze Anzahl über 20 Jahre lang, hinauf bis zu 31 Jahren, bei ihnen tätig waren. Während die Herren sich hinter der Behauptung verschanzten, es sei alles billiger geworden, hätten die Geistlichen kurz vorher eine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten, und jetzt erst habe man den Generalsuperintendenten Leuzerungszulagen und höhere Aufwandsentschädigungen bewilligt. Bei den Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar habe selbst der Vertreter derselben erklärt, daß die Vertreter der Kirchengemeinden einen krassen Unternehmerstandpunkt eingenommen hätten.

Zugunsten der Aussperrten ist eine großzügige Unterstützungsaktion eingeleitet worden.

Parlamentarisches aus der Knochenmühle. Die Wirkung unserer Notiz vom Dienstag morgen über die eigenartigen Zustände bei der Firma Beddinghaus Senator Weyermann, Zimmerstraße 72/74, war höchst überraschend. Von der Geschäftsleitung wurde unter den Angestellten eine Abstimmung darüber veranstaltet, — ob sie unsere Notiz billigen oder nicht. Das Ergebnis der von einem Herrn Dohle geleiteten Abstimmung war geradezu niederschmetternd. Nur einer der Angestellten zwar billigte ausdrücklich die Notiz, 22 aber enthielten sich der Stimme, während nur sechs — aus naheliegenden Gründen — sich gegen unsere Mitteilung wandten. Das Resultat wurde denn auch von der Geschäftsleitung mit gebührender But ausgenommen. Im übrigen erging an die Angestellten unter 20 Jahren nochmals die Aufforderung, sich beim Eintreten der „Borgefekten“ — von ihren Vätern zu erheben. Es ist nunmehr höchste Zeit, daß die Angelegenheit aus dem Stadium der schriftlichen Diskussion in die praktische Behandlung durch den Zentralverband der Angestellten übergeht! Voraussetzung ist allerdings, daß die Angestellten dieser Firma sofort ihrem Verbandsbeitreten, soweit sie es bisher noch versäumt haben.

Maler, Lackierer! Die am Sonntag stattgefundene Urwahl der Delegierten zum Verbandstag hat nur die Wahl des Kollegen Böher (349) ergeben. Die Stichwahl über die Kollegen Drendel (290), Kaiser (251), Schiemann (228), Klotz (224), Trenner (216), Plum (197), Selheim (193), Schindler (185), Blüthgen (175), Hammer (167) ist am Montag, den 23. Mai, von 5 bis 9 Uhr in den bekannten Lokalen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Reichsverband. Verwaltungsverhältnisse Berlin. Sonts um 5 Uhr Versammlung der Obleute der Betriebsräte in der Schulstraße 10. Was geht in der Metallindustrie vor?

# Wirtschaft

## Ein Kapitel zum Papierwucher.

Einen interessanten Beitrag zu der lebhaft erörterten wucherischen Verteuerung des Druckpapiers bietet der Geschäftsabschluss der Wilschaffener Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation, der kürzlich auf der Generalversammlung zur Sprache kam. Gegen die Gesellschaft schwebt ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung, Kapitalverschlebung, Bilanzverschlebung und Preiswucher. Unser Wilschaffener Parteiorgan, die „Volkszeitung“, hatte, unterstützt von einem Teile der bürgerlichen Presse, eine Reihe schwerster Beanstandungen an dem Abschluß veröffentlicht. Die Generalversammlung ist über diese Angriffe mit wenigen schnoddrigen Bemerkungen hinweggeglitten. Die wesentlichen Angriffe, die die „Volkszeitung“ erhoben hatte und zu deren wörtlicher Wiedergabe uns der Raum fehlt, wurde in keinem Punkte widerlegt. Infolgedessen wird die Regierung an diesem Geschäftsabschluss besonders gutes Material finden, wenn sie dem Antrag des Reichstages auf Nachprüfung der Preise durch einen Ausschuß parlamentarischer, behördlicher und industrieller Vertreter ernsthaft nachzugehen will.

Der Vorschlag, daß etwa 80 bis 100 Millionen Mark an Gewinnen allein aus dem Geschäftsjahr 1920 durch gezielte Bilanzkritik verschwunden sind, muß nach den Erklärungen der Verwaltung aufrecht erhalten werden. Nach den Zeugungsberichten der Direktion bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß die Holzvorräte dieser Gesellschaft zu den Selbstkosten, die rund 60 Mark pro Raummeter betragen haben, in die Bilanz eingeleitet wurden, daß dagegen der Selbstkostenkalkulation ein Holzpreis von 290 Mark im Jahresdurchschnitt zugrunde gelegt wurde. Durch dieses Rechenkunststück verdiente die Gesellschaft an jedem verarbeiteten Raummeter Holz 230 Mark. Da rund 400 000 Raummeter verarbeitet wurden, entsteht allein dabei ein Gewinn von 92 Millionen Mark, der nirgends in Erscheinung tritt. Es kommt noch hinzu, daß die Holzvorräte, wie von der Gesellschaft angegeben wurde, zu einem großen Teil veräußert worden sind, angeblich weil sie „nicht greifbar“ wären. Es handelt sich hier um 160 000 Raummeter, deren größter Teil im unbefestigten Deutschland lagert und wahrscheinlich nur so lange nicht greifbar ist, als man nicht über sie disponiert. Auch in diesen Vorräten stecken also verschleierte Gewinne, deren Höhe sich nicht so genau angeben läßt, weil der Tagespreis in letzter Zeit schwankt, die aber etwa 24 Millionen betragen dürften. Wenn der Vorsitzende der Gesellschaft auf der Generalversammlung diesen Schwund damit zu begründen versuchte, daß die Konjunktur in letzter Zeit rückgängig sei, so muß man sich doch fragen, wie bei rückgängiger Konjunktur die letzte wucherische Preiserhöhung von 20 Proz. möglich war. Bisher waren steigende Preise in der kapitalistischen Wirtschaft nur Zeichen guter Konjunktur.

Gegen den Vorstand der Wilschaffener A.-G. für Zellstoff und Papierfabrikation spielt außerdem eine Anschuldigung der Kapitalverschlebung. Es handelt sich um 500 000 holl. Gulden, die von dem Filialwerk in Remel, also unter Umgehung einer deutschen Bank, nach Rotterdam geschickt worden sind zur Gründung bzw. Finanzierung einer „Einkaufsorganisation“. Wenn die Gesellschaft dies mit der Notwendigkeit der Beschaffung ausländischer Rohstoffe begründen zu können glaubte, so bleibt doch immerhin zweifelhaft, warum der Leiter dieser Einkaufsgesellschaft ausgerechnet der Bruder des Aufsichtsratsvorsitzenden ist und warum der Betrag nicht in der sonst üblichen Weise von dem Hauptwerk Wilschaffenburg aus weitergeleitet wurde.

Alles in allem: die Einzelheiten der Beschuldigungen, die wir nur kurz andeuten konnten, bleiben unberührt. Das Schönste aber ist, daß man in der Generalversammlung behauptet hat, die Preise für Zellstoff und Papier seien immer noch den Festsetzungen der Kartelle bestimmt worden. Mit dieser „Entschuldigung“ erhebt die Gesellschaft gegen die Zellstoff- und Papierfabrikantenverbände offen den Vorwurf wucherischer Preisgebarung. Denn genau so wie die Wilschaffener haben andere Fabriken Riesengewinne eingehemst, ohne daß es möglich gewesen wäre, die Gewinnquellen so eingehend nachzuweisen. Das alles geschah zu einer Zeit, wo es eine öffentliche Papierbewirtschaftung gab und wo behördliche Stellen für die Preisbildung mitverantwortlich gemacht werden mußten. Es wird Aufgabe des zu wählenden Ausschusses sein, nachzuprüfen, wie diese Duldung des Wuchers durch behördliche Stellen möglich gewesen ist. Vermutlich dürfte sich dabei sehr leicht herausstellen, daß die Millionen, die jetzt noch vom Reiche zur Verbilligung des Druckpapiers aufgewendet werden sollen, als Lebergelwinne den Fabrikanten abgenommen werden können.

Verantw. für den rechtl. Teil: Dr. Werner Feller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 1. Stock.

# Braune Galamander

# Stiefel

